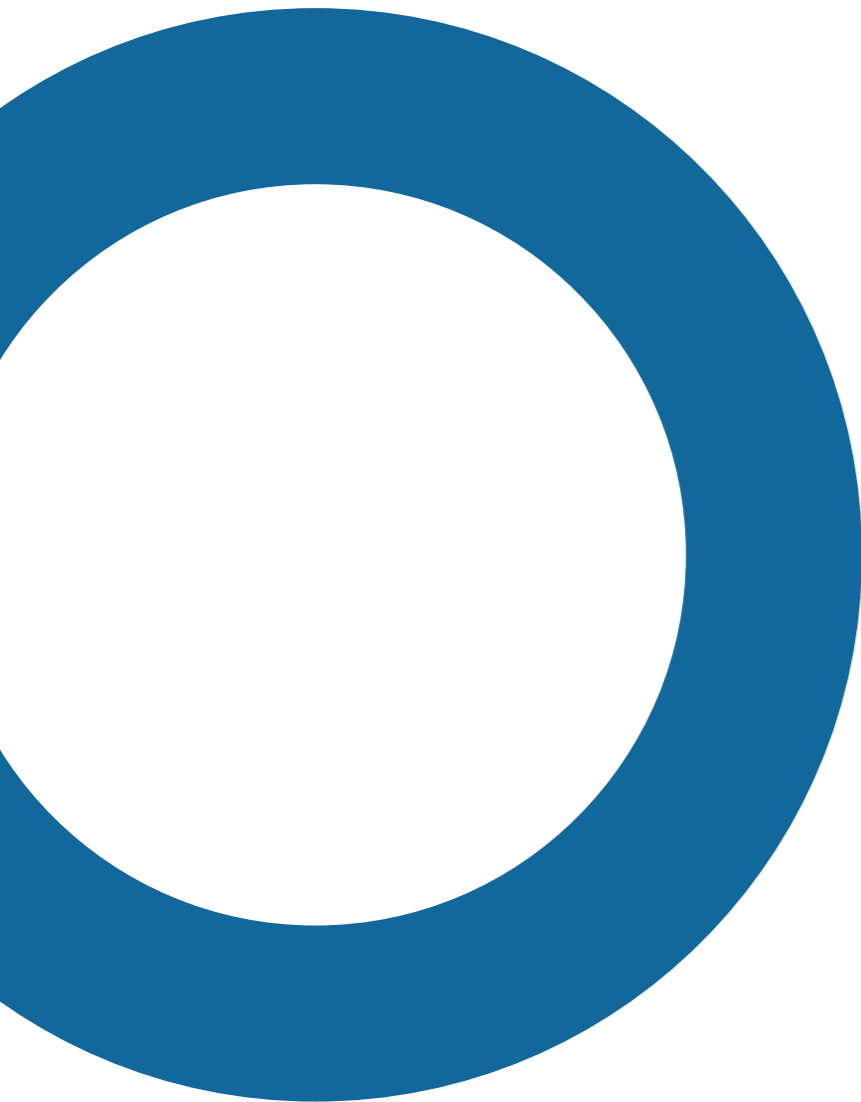




Landespräventionsrat
Niedersachsen

Geschäftsbericht

2025



Inhalt

Vorwort	Seite 6
Geschäftsbericht für das Jahr 2025 zur Arbeit des Vorstandes	Seite 8
Geschäftsbericht für das Jahr 2025 zur Arbeit der Geschäftsstelle	Seite 12
Gewalt- und Suchtprävention bei Kindern und Jugendlichen	Seite 12
Häusliche Gewalt	Seite 13
Kommunale Prävention	Seite 16
Opferschutz	Seite 18
Radikalisierungsprävention, Demokratieförderung und Menschenrechte	Seite 20
• Koordinierungsstelle des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte	Seite 20
• Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen	Seite 22
Sicherheit im Städtebau	Seite 26
Qualität und Qualifizierung in der Kriminalprävention	Seite 27
Anhänge	Seite 30
I Mitgliederliste	Seite 30
II Vorstand	Seite 40
III Geschäftsführung	Seite 41
IV Organigramm – Struktur	Seite 41
V Leitbild und Ziele	Seite 42

Vorwort

Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer,
liebe Engagierte der Prävention,

es ist mir eine große Freude, Ihnen heute den aktuellen Geschäftsbericht des Landespräventionsrats Niedersachsen für das Jahr 2025 präsentieren zu können. Das letzte Jahr hat einmal mehr gezeigt, wie unverzichtbar eine gut vernetzte, fachlich fundierte Präventionsarbeit ist, die sich zugleich an den Lebensrealitäten der Menschen orientiert. Der Landespräventionsrat Niedersachsen leistet hierzu seit vielen Jahren einen zentralen Beitrag. Ich freue mich sehr, diese wichtige Arbeit nun als Vorstandsvorsitzende begleiten und weiterentwickeln zu dürfen.

Beim Lesen dieses Berichts wird deutlich, mit welchem Engagement, fachlicher Tiefe und Beharrlichkeit die vielen Beteiligten im Landespräventionsrat arbeiten. Prävention ist selten spektakulär. Sie wirkt oft im Hintergrund. Gerade deshalb verdient sie besondere Aufmerksamkeit und Anerkennung.

Die Aktivitäten des Jahres 2025 zeigen eindrucksvoll die Breite und Qualität dieser Arbeit. Ob in der Gewalt- und Suchtprävention bei Kindern und Jugendlichen, in der Bekämpfung häuslicher Gewalt, im Opferschutz, in der kommunalen Prävention oder in der Demokratieförderung: Prävention in Niedersachsen ist gelebte Praxis in einem starken Netzwerk engagierter Akteurinnen und Akteure.

Die konsequente Weiterentwicklung evidenzbasierter Ansätze ist hierfür wichtig. Programme wie die Grüne Liste Prävention, die zunehmende Verbreitung von Communities That Care, innovative digitale Angebote sowie die enge Zusammenarbeit im Fachverbund WIRkt! zeigen, wie fruchtbar das Zusammenspiel verschiedener Akteure sein kann.

Auch im Bereich der Bekämpfung häuslicher Gewalt wurden wichtige Impulse gesetzt. Mit der Vorbereitung der Kampagne „Kein Raum für häusliche Gewalt“, der Weiterentwicklung des Programms „Herzprung“ und der Stärkung fachlicher Kompetenzen im Umgang mit Hochrisikofällen ist die Präventions- und Interventionsarbeit weiter gefestigt worden.

Gleichzeitig stellt sich der Landespräventionsrat den Herausforderungen unserer Zeit: gesellschaftliche Polarisierung, steigende Beratungsbedarfe im Bereich Rechtsextremismus, neue Dynamiken digitaler Gewalt sowie die weiterhin anspruchsvolle Erreichbarkeit ländlicher Räume. Diese Aspekte zeigen sehr deutlich, dass Prävention gerade heute eine dauerhafte gemeinsame Aufgabe bleibt. Die Förderung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Beratungs- und Bildungsangebote bleibt uns daher ein großes Anliegen. Ergänzt wird diese Arbeit durch landesweite Präventions- und Demokratieförderprogramme sowie den Ausbau von Angeboten gegen digitale Gewalt.

Die kommunalen Präventionsgremien bilden das Rückgrat der gesamtgesellschaftlichen Prävention in Niedersachsen und tragen die Arbeit dorthin, wo sie am meisten gebraucht wird: in die Lebenswelten der Menschen vor Ort. Dass die Nachfrage nach Beratung und Unterstützung 2025 weiter gestiegen ist, ist Auftrag und Vertrauensbeweis zugleich.

Für die kommenden Jahre freue ich mich darauf, daran mitzuwirken, die begonnenen Entwicklungen konsequent weiterzuführen: die Vernetzung weiter zu vertiefen, evidenzbasierte Prävention auszubauen, digitale Herausforderungen verantwortungsvoll zu gestalten und die demokratische Resilienz unserer Gesellschaft nachhaltig zu stärken.

Mein besonderer Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle, den Mitgliedern des Landespräventionsrats, unseren Partnerinstitutionen, den vielen haupt- und ehrenamtlich Engagierten in den Kommunen und in der Zivilgesellschaft sowie allen Unterstützerinnen und Unterstützern in Politik und Gesellschaft. Sie alle sind unersetzlich für die gesellschaftlich so bedeutende Aufgabe der Prävention. Ich freue mich darauf, mit Ihnen allen gemeinsam an dieser Aufgabe mitwirken zu dürfen.

Ihre
Prof. Dr. Susanne Beck

Geschäftsbericht für das Jahr 2025 zur Arbeit des Vorstandes

Die Arbeit des Vorstandes des LPR Niedersachsen basiert auf der Geschäftsordnung des LPR (§ 4 der Geschäftsordnung).

Dementsprechend setzt sich der Vorstand aus 13 Vorstandsmitgliedern und der Vorsitzenden zusammen. Von den 13 Vorstandsmitgliedern sind sechs „gesetzt“ – hier handelt es sich um die Vertreter*innen der jeweiligen Ministerien (Axel Brockmann, Nds. Innenministerium; Thomas Castens, Nds. Kultusministerium; Kirsten Böök, Nds. Justizministerium; Kurt Neubert, Nds. Wissenschaftsministerium; Stephan Kassel, Nds. Sozialministerium und Ute Heilmann, Nds. Staatskanzlei). Die weiteren sieben Vorstandsmitglieder rekrutieren sich aus dem Bereich der Kommunalen Mitgliedsorganisationen (3 Vorstandsmitglieder; Melanie Blinzler vom Präventionsrat Oldenburg, Hermann Lampen vom Präventionsnetzwerk Rheiderland, Anke Wilken vom PräventionsNetz Rastede), der landesweit tätigen nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) (3 Vorstandsmitglieder; Anke Egblomassé vom Flüchtlingsrat Niedersachsen e. V., Ali Mustafa von der LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e. V., Thekla Lorenz vom LandesSportBund Niedersachsen e.V.) sowie aus dem Bereich der im LPR vertretenen wissenschaftlichen Institutionen (1 Vorstandsmitglied; Dr. Tanja Rusack von der Universität Hildesheim).

Anlässlich der Mitgliederversammlung am 04.12.25 wurden turnusgemäß ein neuer Vorstand und eine neue Vorsitzende gewählt.

Im Berichtsjahr 2025 waren vereinbarungsgemäß insgesamt 6 Vorstandssitzungen terminiert. Im Rahmen dieser Vorstandssitzungen wurden unterschiedliche Themen bearbeitet, die aufgrund ihrer Fülle und um Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten, tabellarisch aufgeführt sind. Der Vorstand kann für das Jahr 2025 eine beachtenswerte inhaltliche Arbeit vorstellen.

Vorstandssitzungen

23. Januar 2025

Themenfelder

Austausch über den Umgang mit Anträgen unabhängiger / außeruniversitärer Forschungsinstitute auf Mitgliedschaft im LPR

Fortsetzung der Unterrichtung: Gespräch mit Frau Ministerin Dr. Wahlmann zum „Landesprogramm zur Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen“

Weitere Informationen zum Stand der Dinge: Jubiläumsveranstaltung „30 Jahre LPR“

Diskussion zur Zielgruppenneubestimmung für die Richtlinie: „Förderung von Maßnahmen und Projekten zur Prävention von Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger*innen“

Diskussion zur Förderrichtlinie: „Förderung von Maßnahmen und Projekten zur Prävention des sexuellen Missbrauchs an Kindern und Jugendlichen“

Vorschläge für die Themen im Vorstand in 2025

6. März 2025

Weiterer Austausch über den Umgang mit Anträgen unabhängiger / außeruniversitärer Forschungsinstitute auf Mitgliedschaft im LPR

Fortsetzung der Diskussion zur Förderrichtlinie: „Förderung von Maßnahmen und Projekten zur Prävention des sexuellen Missbrauchs an Kindern und Jugendlichen“
Themenfixierung Vorstandssitzungen für 2025

Austausch zur stärkeren Repräsentanz der Wissenschaft in der LPR Mitgliederversammlung

24. April 2025

Förderanträge 2025 („Förderung von Maßnahmen und Projekten zur Prävention von schwerwiegender Kinder- und Jugendgewalt“) (Vortrag des Prüfergebnisses der LPR-Geschäftsstelle)
Finaler Austausch und Abstimmung über den Umgang mit Anträgen unabhängiger/außeruniversitärer Forschungsinstitute auf Mitgliedschaft im LPR

Vorstellung der PKS 2024

Ansprache weiterer wissenschaftlicher Institutionen für eine Mitgliedschaft im LPR – welche Ideen gibt es hierzu im Vorstand?

Beginn der Nachbereitung des 14. NPT – welche Konsequenzen haben die Arbeitsergebnisse des Worldcafés für die Arbeit des Vorstandes?

5. Juni 2025

Themenspecial: Gewaltprävention und – intervention zur Sicherheit in Schulen in Zusammenarbeit mit Kinder- und Jugendhilfe, Polizei und Staatsanwaltschaft

Fortsetzung der Nachbereitung des 14. NPT – welche Konsequenzen haben die Arbeitsergebnisse des Worldcafés für die Arbeit des Vorstandes? Über die Wünsche und Empfehlungen, die seitens der Teilnehmenden des NPT geäußert wurden, wird anschließend diskutiert. Die Vorstandsmitglieder befinden, dass dieses Themenfeld konzentrierter Erörterung bedarf. Zur ausführlichen Beratung, wie die kommunale Prävention gestärkt werden kann, soll deshalb eine Klausurtagung des LPR-Vorstands stattfinden, und zwar im Jahr 2026 nach Konstituierung des neuen Vorstandes.

28. August 2025

Austausch von Vorstand und Geschäftsstelle, um Kontakt und Transparenz zu pflegen

Themenspecial: Aktuelle und künftige Vorhaben der Prävention von digitaler Gewalt

„Round Table“ – Informationen der Vorstandsmitglieder sowie der Geschäftsführung

6. November 2025

Vorstandsinterne Verabschiedung der Vorsitzenden Beschluss über den Antrag auf LPR-Mitgliedschaft des Niedersächsischen Instituts für frühkindliche Bildung und Entwicklung e. V. (nifbe)

Erörterung aktueller Präventionsthemen sowie „Round Table“ (u.a. mit Sachstand Vorstandswahlen, Termin 2026)

Diverse Vor- und Nachbereitungs- sowie Besprechungstermine zu unterschiedlichen Anlässen bzw. Veranstaltungen, etc.



Ihre
Prof. Dr. Ute Ingrid Haas



Die nachfolgenden Berichte aus der Geschäftsstelle erscheinen in alpabetischer Reihenfolge.

Geschäftsbericht für das Jahr 2025 zur Arbeit der Geschäftsstelle

Gewalt- und Suchtprävention bei Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche sollen gewaltfrei, gesund und sicher aufwachsen können - das ist eines der wichtigsten Ziele in der Prävention und ist in unserem Leitgedanken als Landespräventionsrat Niedersachsen tief verankert.

Neben der Förderung von sozialen, emotionalen und kognitiven Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen spielen positive Rahmenbedingungen innerhalb der Familie, den Bildungseinrichtungen und im sozialen Umfeld eine zentrale Rolle der Prävention von Verhaltensproblemen von Kindern und Jugendlichen. Den Kommunen und ihren Bildungseinrichtungen kommt im Rahmen der Präventionsarbeit eine besonders herausgehobene Bedeutung zu, denn Probleme zeigen sich zuerst dort, wo die Menschen leben - in ihrer Kommune.

Der LPR unterstützt die Akteur*innen daher bei der Weiterentwicklung der Prävention bei Kindern und Jugendlichen wie folgt:

Welche Programme und Maßnahmen sind geeignet, um Gewalt, Substanzmissbrauch und anderen Verhaltensproblemen effektiv vorzubeugen? Dafür wurde die Empfehlungsliste *Grüne Liste Prävention* entwickelt, um einen Überblick über alle auf Wirksamkeit überprüften Präventionsprogramme in diesem Feld zu erhalten.



Wie kann die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteur*innen auf der kommunalen Ebene zielgerichteter und wirksamer gestaltet werden? Dafür bietet der LPR den Kommunen in Niedersachsen die Planungsmethode „Communities That Care“, kurz CTC, an und kooperiert mit anderen Einrichtungen auf Landesebene in dem Fachverbund WIRkt!



Grüne Liste Prävention
<https://www.gruene-liste-praevention.de/nano.cms/datenbank/information/>

Communities That Care
<https://lpr.niedersachsen.de/angebote/information-beratung/beratung-zur-planungsmethode-communities-that-care-ctc/>

Fachverbund WIRkt!
<https://lpr.niedersachsen.de/angebote/netzwerke/fachverbund-wirkt/>

Wichtige Aktivitäten im Jahr 2025

Die Programmeinträge in der *Grüne Liste Prävention* werden laufend in Kooperation mit der Medizinischen Hochschule gepflegt, aktualisiert und weiter ausgebaut. Daneben wurde intensiv mit dem Beirat der Grünen Liste an einer Aktualisierung der Bewertungskriterien gearbeitet, die 2026 in Kraft treten werden, ein Erklärvideo und eine Info-Broschüre zur Grünen Liste wurde entwickelt und eine Online-Befragung der Nutzenden wurde durchgeführt.

Die Anwendung der *Planungsmethode Communities That Care (CTC)* nimmt weiter zu. Derzeit arbeiten über 40 CTC - Standorte in Niedersachsen, 2026 werden weitere Kommunen einsteigen. Die enge Verknüpfung von CTC mit den vergleichbar aufgebauten schulbezogenen Strategien „Schools That Care“ (STC) und „Weitblick“ war zielführend. Da Schulen individuell diese Methoden nutzen können, ist für Kommunen ein leichter Einstieg mit einzelnen Schulen möglich. Die bundesweite Fachtagung zu CTC am 23.09.2025 in Berlin war gut besucht und zeigt das wachsende Interesse an CTC auch außerhalb von Niedersachsen.

In dem *Fachverbund WIRkt!* haben der Landespräventionsrat, das Landeskriminalamt Niedersachsen, der Gemeinde-Unfallversicherungsverband Hannover und das Niedersächsische Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung ihre Zusammenarbeit weiter vertieft. Es sind auch 2025 wieder verschiedene Fortbildungsformate für schulische und kommunale Akteur*innen umgesetzt worden und Kommunen in der (Weiter-)Entwicklung integrierter Strategien zur Prävention bei Kindern und Jugendlichen beraten und unterstützt worden. Das Niedersächsische Kultusministerium ist 2025 dem Fachverbund WIRkt! beigetreten.

Häusliche Gewalt



Die Koordinierungsstelle Häusliche Gewalt arbeitet seit vielen Jahren auf Grundlage der Landesaktionspläne zur Bekämpfung von Gewalt in Paarbeziehungen und setzt aktuell den 4. Niedersächsischen Landesaktionsplan sowie die Istanbul-Konvention um. Als zentrale Informations-, Service- und Vernetzungsstelle unterstützt sie landesweit Fachkräfte und Gremien aus Polizei, Justiz, Beratung, Opferunterstützung, Jugendhilfe, Gesundheitswesen und Wohnungsunternehmen. Durch fachliche Beratung, Wissenstransfer und Vernetzung trägt sie wesentlich zu einer abgestimmten und nachhaltigen Präventions- und Interventionsarbeit bei.

2024 wurde die ressortübergreifende Umsetzung der Istanbul-Konvention in Niedersachsen durch einen interministeriellen Arbeitskreis (IMAK) koordiniert und vorgebracht. Zum 01.10.2025 wurde im Sozialministerium die Koordinierungsstelle Istanbul-Konvention eingerichtet, die landesweit die Umsetzung, gesetzliche Beobachtung und Bewertung der Maßnahmen sowie die Datenerfassung übernimmt. Die Zuständigkeiten der Koordinierungsstelle Häusliche Gewalt im MJ/LPR bleiben davon unberührt; beide Stellen arbeiten künftig eng zusammen, um den Landesaktionsplan und die Istanbul-Konvention wirksam umzusetzen.

Häusliche Gewalt,
 Landespräventionsrat Niedersachsen
<https://lpr.niedersachsen.de/themen/haeusliche-gewalt/>

Präventionsprogramm „Herzsprung“

Das Programm „Herzsprung – Freundschaft, Liebe und Sexualität ohne Gewalt“ wurde nach erfolgreicher Adaption aus der Schweiz in Niedersachsen etabliert. Es richtet sich an Jugendliche von 14 bis 18 Jahren und fördert Beziehungskompetenzen sowie einen respektvollen und gewaltfreien Umgang in Partnerschaften. „Herzsprung“ ist wissenschaftlich evaluiert und trägt nachweislich zur Reduzierung von Gewalt in Teenagerbeziehungen und langfristig auch in erwachsenen Partnerschaften bei. Die landesweite Umsetzung koordiniert der Kinderschutzbund Landesverband Niedersachsen. Die Fortführung des Projekts ist auch für 2026 vorgesehen.

Herzsprung,
Kinderschutzbund, Landesverband Niedersachsen
<https://www.herzsprung-programm.de/>

Kampagne „Kein Raum für häusliche Gewalt“

2025 wurde die Kampagne „Kein Raum für häusliche Gewalt“ entwickelt. Sie entstand auf Initiative des Verbands der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Niedersachsen und Bremen (vdw) und wird gemeinsam mit dem Landespräventionsrat Niedersachsen, der Agentur Hunger & Koch, der Polizei Niedersachsen und dem Verbund niedersächsischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen gegen Gewalt umgesetzt. Ziel der Kampagne ist es, insbesondere im Wohnumfeld für häusliche Gewalt zu sensibilisieren und Betroffene niedrigschwellig zu informieren und zu unterstützen. Durch die interdisziplinäre Zusammenarbeit werden Kompetenzen aus Wohnungswirtschaft, Prävention, Beratung und polizeilicher Praxis gebündelt, um wirksame Präventions- und Hilfsstrukturen im direkten Lebensumfeld zu stärken. Die Kampagne startet offiziell im Januar 2026. Nach einer erfolgreichen Pilotphase ist ein landesweiter Rollout geplant. Bereits im Vorfeld haben zahlreiche Wohnungsunternehmen ihr Interesse an einer Beteiligung bekundet.

Fachtagung

„Demokratiegefährdung durch Antifeminismus“

Am 24. September 2025 veranstaltete der Landespräventionsrat in Kooperation mit mehreren Ministerien die 23. Fachtagung „Betrifft: Häusliche Gewalt“. Die Tagung beleuchtete antifeministische Ideologien als Gefahr für die Demokratie und thematisierte Herausforderungen häuslicher Gewalt in familiengerichtlichen Verfahren. In Foren wurden geschlechtsspezifischer Gewaltschutz und Prävention vertieft diskutiert, insbesondere die Auswirkungen von Antifeminismus auf Gewaltbetroffene und die Anforderungen an wirksame Schutzstrukturen.



Stalking-Broschüre

Die Stalking-Broschüre liegt inzwischen in der 6. Auflage vor und bietet Betroffenen zentrale Informationen zu Motiven, Belastungen und Folgen von Stalking. Sie enthält praxisnahe Hinweise zu Handlungsmöglichkeiten, Anlaufstellen und Verhaltensweisen. Die aktuelle Auflage wurde um Aspekte des Cyberstalkings und Informationen zu Spionage-Apps ergänzt.



Juristische Grundlagen für die Beratungspraxis

Die Seminarreihe „Juristische Grundlagen für die Beratungspraxis“ vermittelt grundlegende rechtliche Kenntnisse für die Beratung von Gewaltbetroffenen, etwa zu Anträgen nach dem Gewaltschutzgesetz, Platzverweisen und dem Ablauf von Strafverfahren. Die Module bieten einen breiten Überblick über relevante Rechtsgebiete und praktische Probleme.

Gewaltfrei in die Zukunft-APP

2025 fand die Auftaktveranstaltung zur landesweiten Einführung der „Gewaltfrei in die Zukunft“-APP statt. Die App richtet sich an Betroffene geschlechtsbasierter Gewalt und ermöglicht ihnen, sich anonym, geschützt und niedrigschwellig zu informieren und Hilfe zu suchen. Sie erleichtert den Zugang zu Unterstützungs- und Hilfsstrukturen und wurde als zeitgemäßes digitales Angebot entwickelt.

Digitale Fortbildung: Gefährdungseinschätzung und Fallmanagement bei Hochrisikofällen

Im Jahr 2025 wurden im Rahmen einer zweitägigen digitalen Fortbildung fachliche Kompetenzen zur Gefährdungseinschätzung und zum Fallmanagement bei Hochrisikofällen häuslicher Gewalt gestärkt. Die Teilnehmenden erhielten praxisnahe Einblicke in den Einsatz von Gefährdungseinschätzungsinstrumenten, die Ableitung fachlicher Bewertungen und die Entwicklung von Schutzmaßnahmen. Zudem wurden Grundlagen der institutionellen Zusammenarbeit vermittelt, um die Handlungssicherheit im Umgang mit Hochrisikofällen zu erhöhen.

Kommunale Prävention

Die kommunalen Präventionsräte stellen das Rückgrat für die gesamtgesellschaftliche Prävention in unserem Bundesland dar. In Niedersachsen bestehen rund 200 kommunale Präventionsgremien, die Mitglied im Landespräventionsrat sind. In diesen Gremien arbeiten unterschiedliche Akteur*innen zusammen, z.B. aus der Jugendarbeit, Kitas, Schulen, Kommunalverwaltung und -politik, Vereine, Polizei und Justiz. Sie alle eint die gemeinsame Zielsetzung unterschiedlicher Präventionsaspekte, z. B. eines sicheren und gewaltfreien Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen oder der Verbesserung des Sicherheitsgefühls.

Neben der hauptamtlichen Arbeit ist das ehrenamtliche Engagement eine wichtige Säule der kommunalen Präventionsarbeit, die eines hohen Kooperationsaufwandes bedarf.

Die wertvolle Arbeit der kommunalen Gremien auch in Zukunft sicherzustellen, ist eine unserer wichtigsten Zielsetzungen im Landespräventionsrat. Die Geschäftsstelle des LPR unterstützt die kommunalen Präventionsgremien durch intensive fachliche und persönliche (Vor-Ort-) Beratung. Dabei werden strategische, inhaltliche und strukturelle Antworten zu Fragen wie Gründungsvoraussetzungen, Optimierung des laufenden Geschäfts bis hin zu gezielter Beratung bei der Konzeption und Umsetzung von Projekten erarbeitet. Der LPR kann für diese vielfältigen Bedarfe auf die Expertise seines landesweiten Präventionsnetzwerks zurückgreifen.

Als Erfolgsbedingung für kommunale Präventionsgremien erweist sich eine mit genügend Ressourcen ausgestatte, hauptamtliche Koordinationsstelle. Daher richten sich viele der Angebote der LPR – Geschäftsstelle auf die Stärkung, Qualifizierung und Vernetzung der kommunalen Koordinationsstellen. Weiterhin stehen Fördermittel für verschiedene Themenbereich der kommunalen Prävention zur Verfügung.

Als Erfolgsbedingung für kommunale Präventionsgremien erweist sich eine mit genügend Ressourcen ausgestatte, hauptamtliche Koordinationsstelle. Daher richten sich viele der Angebote der LPR – Geschäftsstelle auf die Stärkung, Qualifizierung und Vernetzung der kommunalen Koordinationsstellen. Weiterhin stehen Fördermittel für verschiedene Themenbereich der kommunalen Prävention zur Verfügung.

Wichtige Aktivitäten im Jahr 2025

Die Nachfrage nach *individuellen Beratungsprozessen* von kommunalen Präventionsgremien hat 2025 weiter zugenommen. Häufig geht es dabei um die „Wiederbelebung“ von Gremien, die nach den Einschränkungen der Corona-Pandemie in ihrer Arbeit zum Erliegen gekommen sind oder um Fragen der grundsätzlichen Neuorientierung. Daher werden weiter zunehmend Vor-Ort-Workshops zur Pers-

pektiv- und Zielentwicklung von kommunalen Präventionsräten in der LPR – Geschäftsstelle nachgefragt.



Zur Förderung und Würdigung der kommunalen Prävention lobt der LPR gemeinsam mit der Stülkenberg-Stiftung seit 2023 einen Preis für kommunale Prävention aus. Der Preis soll dazu beitragen, das vorhandene Engagement in den Kommunen stärker anzuerkennen, die Öffentlichkeitswirkung für die kommunale Prävention zu erhöhen und Qualitätsstandards für die kommunale Prävention weiter zu etablieren. Als Zielgruppe für den Preis sind in der Satzung ausschließlich Mitgliedsorganisationen des LPR aus dem Bereich der kommunalen Präventionsgremien festgelegt. Bis zu drei gleichberechtigte Preise werden in jeder Runde von einer unabhängigen Jury vergeben. Mit der Auszeichnung ist ein Preisgeld in Höhe von jeweils 5.000 Euro verbunden. Am 04.12.2025 fand während der LPR – Mitgliederversammlung zum dritten Mal die Verleihung des Präventionspreises statt. Diesmal wurden der Landkreis Emsland für seine Präventionsarbeit ausgezeichnet.

Für die aktuell vier Förderrichtlinien des LPR im Rahmen der kommunalen Prävention waren 2025 erneut Antragstellungen möglich. Gemäß der Förderrichtlinien werden lokale Projekte zur „Prävention von sexuellem Missbrauch an Kindern und Jugendlichen“, zur „Stärkung der kommunalen Kriminalprävention“ und zur „Prävention von Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger*innen“ unterstützt. Wichtig war in diesem Jahr der Wechsel der Antragsabwicklung zur NBank. Für 2025 standen erstmals zusätzliche Fördermittel für das Thema „Prävention von schwerwiegender Kinder- und Jugendgewalt“ zur Verfügung.



PreisträgerInnen des Preises für kommunale Prävention 2025 mit Justizministerin Dr. Kathrin Wahlmann (3. von rechts), Landrat Marc-André Burgdorf (Mitte) und Katrin Stülkenberg (3. von links)



Das Jahr 2025 war geprägt von einem Fokus auf Vernetzung, Strukturoptimierung und dem fortlaufenden Aufbau eines modernen, nutzerorientierten Informationsangebots zum Opferschutz. Die Fachstelle Opferschutz setzte auch 2025 wichtige Impulse zur Verbesserung der Unterstützung von Betroffenen, zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Ressorts und Institutionen sowie zur konsequenten Berücksichtigung europäischer Rechtsvorgaben. Zentrale Bausteine waren die Einführung einer zentralen Kontaktadresse sowie die laufende Planung einer umfassenden Neugestaltung der Webauftritte. Zudem stand das Monitoring EU-rechtlicher Vorgaben im Mittelpunkt, um Handlungsbedarfe auf Landesebene abzuleiten und Empfehlungen für Prävention, Unterstützung und Sensibilisierung abzuleiten. Ausblickend bereitet sich die Fachstelle auf den Fachtag Gewalt gegen Männer vor und setzt damit weitere Impulse für den fachübergreifenden Austausch und die Weiterentwicklung von Angeboten zum Schutz von Opfern.

Zentrale Kontaktadresse und Informationsfluss

Im Berichtsjahr wurde eine neue zentrale Kontaktadresse für alle Belange rund um den Opferschutz eingerichtet: MJH-FachstelleOpferschutz@mj.niedersachsen.de. Diese adressenunabhängige E-Mail-Adresse ermöglicht eine direkte, unkomplizierte und zeitnahe Kommunikation mit der Fachstelle und erleichtert den Informationsaustausch zwischen Fachkräften, Betroffenen und Kooperationspartnern. Die Kontaktmöglichkeit soll in alle relevanten Verteiler aufgenommen werden, insbesondere dort, wo Opferschutz in Vorhaben oder Projekten eine Rolle spielt, damit Betroffene schnell Unterstützung erhalten und Informationen effizient weitergegeben werden können.



Neugestaltung der Website Opferschutz Niedersachsen

Die Neugestaltung der Website zum Opferschutz in Niedersachsen wurde begonnen. In einem ersten Schritt wurde ein Übersetzungs- und Vorlesetool implementiert, das 25 Sprachen unterstützt. Die Grundlage bildet die 2012 verabschiedete Opferschutzkonzeption (OSK), orientiert an der EU-Richtlinie 2012/29/EU, deren Umsetzung seit 2013 durch die Fachstelle Opferschutz im Landespräventionsrat Niedersachsen verantwortet wird.

Das Internetportal www.opferschutz-niedersachsen.de dient seit 2014 als zentrale Anlaufstelle mit relevanten Informationen für Opfer, Angehörige und Fachkräfte. Trotz aktueller inhaltlicher Anpassungen ist eine umfassende Überarbeitung erforderlich, um den Anforderungen an Benutzerfreundlichkeit und Zugänglichkeit besser gerecht zu werden. Die geplanten Anpassungen zielen darauf ab, Informationen übersichtlicher und aktueller zu gestalten und die Zugänglichkeit für Betroffene weiter zu verbessern.

EU-rechtliche Vorgaben: Monitoring und Umsetzung zum Opferschutz

Im Rahmen des Monitorings richtet sich der Fokus der Fachstelle Opferschutz vor allem auf die Änderungen und die Umsetzung EU-rechtlicher Vorgaben, die den Schutz von Opfern betreffen. Dabei liegt besonderes Augenmerk auf der Entwicklung und Reform der Opferschutz-Richtlinie sowie auf weiteren EU-Richtlinien, beispielsweise zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und zur Bekämpfung von Menschenhandel. Ziel ist es, aus diesen Normen konkrete Handlungsbedarfe auf Landesebene abzuleiten, geeignete Anpassungen von Strukturen, Verfahren und Unterstützungsangeboten zu identifizieren und die Umsetzung auf Landesebene kontinuierlich zu begleiten. Durch diese fortlaufende Beobachtung werden notwendige Impulse für Präventions-, Unterstützungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen frühzeitig erkannt und in die fachliche Arbeit überführt.

Ausblick: Fachtag zum Thema Gewalt gegen Männer

Am 23. April 2026 plant die Fachstelle Opferschutz einen Fachtag zum Thema Gewalt gegen Männer. Die Veranstaltung rückt ein oft übersehenes, aber bedeutendes Thema in den Fokus und schafft eine Plattform für den Austausch von Expertinnen und Experten sowie Interessierten. Geplant sind renommierte Vorträge, praxisnahe Einblicke und Gelegenheiten zum Netzwerken. Gewalt ist ein gravierendes gesellschaftliches Problem, das alle Menschen betrifft – unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder sozialem Status. Häufig stehen Männer als Opfer von Gewalt jedoch im Schatten der öffentlichen Wahrnehmung. Mit der Tagung möchte die Fachstelle die Sichtbarkeit dieses Themas erhöhen und dazu beitragen, das Leiden von Männern, die Gewalt erfahren haben, stärker zu thematisieren. Es ist oft eine Herausforderung, Unterstützung zu suchen, da gesellschaftliche Vorurteile und Stigmatisierung die Inanspruchnahme von Hilfe erschweren können. An diesem Tag werden die emotionalen und sozialen Aspekte beleuchtet und aktuelle Unterstützungsangebote vorgestellt. Ziel der Veranstaltung ist es, das Bewusstsein für dieses ernsthafte Problem zu schärfen, allen Teilnehmenden Raum für Wissensaustausch und Fragen zu bieten sowie bestehende und neue Unterstützungsangebote sichtbar zu machen.

Zusammenfassend zeigte das Jahr 2025 eine klare Ausrichtung auf Stärkung der Vernetzung, Optimierung von Strukturen und Vorbereitung einer benutzerfreundlichen, modernen Informationsplattform zum Opferschutz. Die Einführung der zentralen Kontaktadresse, die Wiederaufnahme der AG Ressorts sowie die geplante Website-Neugestaltung bilden zentrale Bausteine, um Betroffene effizient zu unterstützen, Fachkräfte besser zu vernetzen und Präventions- sowie Unterstützungsangebote in Niedersachsen weiter zu verbessern. Der Fachtag 2026 ergänzt diese Anstrengungen um einen zusätzlichen Schwerpunkt auf Gewalt gegen Männer und stärkt den interdisziplinären Austausch.

Radikalisierungsprävention, Demokratieförderung und Menschenrechte

Koordinierungsstelle des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte



Das Ziel des ressortübergreifenden Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte ist es, politisch motiviertem Extremismus entgegenzuwirken und die Demokratie in Niedersachsen nachhaltig zu fördern. Das Programm wird von fünf Landesministerien verantwortet und beim Landespräventionsrat im Justizministerium koordiniert. Zu den Kernaufgaben der Koordinierungsstelle gehört die Qualitätsentwicklung in der Prävention, die Einbindung von Zivilgesellschaft und die Vernetzung der Präventionsfachkräften in Niedersachsen durch Wissenstransfer und Fachaustausch. Die Koordinierungsstelle fördert im Rahmen einer Kooperation mit der Universität Jena schwerpunktmäßig Maßnahmen der entwicklungsorientierten Radikalisierungsprävention. Als neue Aufgaben kamen 2025 durch Beschlüsse des Niedersächsischen Landtags die Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Rassismus sowie der Aufbau einer Fachstelle gegen digitale Gewalt hinzu.

Aktuelle Themen:

Praxispaket Extremismusprävention und Demokratieförderung

Die von der Universität Jena 2024 veröffentlichten wissenschaftlichen Empfehlungen zur Radikalisierungsprävention wurden im Jahr 2025 als Praxispaket für interessierte Fachkräfte aufbereitet. Das Praxispaket unterstützt Fachkräfte auf kommunaler Ebene, um in ihrer Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen langfristig positive Veränderungen zu erreichen. Es enthält neben den wissenschaftlichen Praxisempfehlungen der Universität Jena einen Wegweiser, einen Maßnahmenkatalog sowie weitere Arbeitsmaterialien zur praktischen Anwendung und kann

bei der Koordinierungsstelle des Landesprogramms im Landespräventionsrat angefordert werden.

CTC RP – Junge Menschen wirksam vor Radikalisierung zu schützen

Die Koordinierungsstelle bietet darüber hinaus Beratungs- und Unterstützung für Kommunen an, die mit der neuen evidenzbasierten Präventionsmethode CTC:RP (Communities That Care: Radikalisierungsprävention) arbeiten möchten. CTC:RP ist ein Analyseinstrument, das es ermöglicht, Vorhersagen von Radikalisierungstendenzen bei Schüler(innen) zu erstellen und konkrete Hinweise für Maßnahmen zur Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention zu geben, noch bevor sich extremistische Einstellungen und Handlungen verfestigen. Auf Grundlage einer Vor-Ort-Analyse und mit Hilfe der wissenschaftlichen Praxisempfehlungen können somit gezielt geeignete Präventionsmaßnahmen eingesetzt werden. Die Methode wurde in einer Pilotphase 2024 mit sechs niedersächsischen Kommunen erfolgreich erprobt. 2026 – 2028 erhalten weitere fünf Kommunen die Möglichkeit, im Rahmen einer Kooperation mit dem Landespräventionsrat an diesem Programm teilzunehmen.

Maßnahmen gegen digitale Gewalt

Die Koordinierungsstelle hat 2025 mit dem Aufbau einer landesweiten Fachstelle gegen digitale Gewalt begonnen. Die Aufgaben der Fachstelle sind Wissenstransfer, Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit, die Vernetzung relevanter Fachkräfte, die Einrichtung einer Betroffenenberatung mit der Stiftung Opferhilfe und die Optimierung der landesweiten Melde- und Anzeigeverfahren. Für den Aufbau der Fachstelle ist das Land Niedersachsen eine Kooperation mit der bundesweiten Betroffenenberatung HateAid eingegangen. Zum Auftakt führte HateAid 2025 eine Qualifizierungsreihe zum Thema bildbasierte sexualisierte Gewalt durch. Auf dem „Symposium gegen digitale Gewalt“ am 30. Oktober 2025 wurden aktuelle Präventionsangebote, wissenschaftliche Erkenntnisse und Handlungsmöglichkeiten in Niedersachsen zu diesem

Thema vorgestellt und diskutiert. Die Inhalte des Symposiums sind in einem E-Magazin dokumentiert worden und hier abrufbar.

e-Magazin – Symposium gegen digitale Gewalt

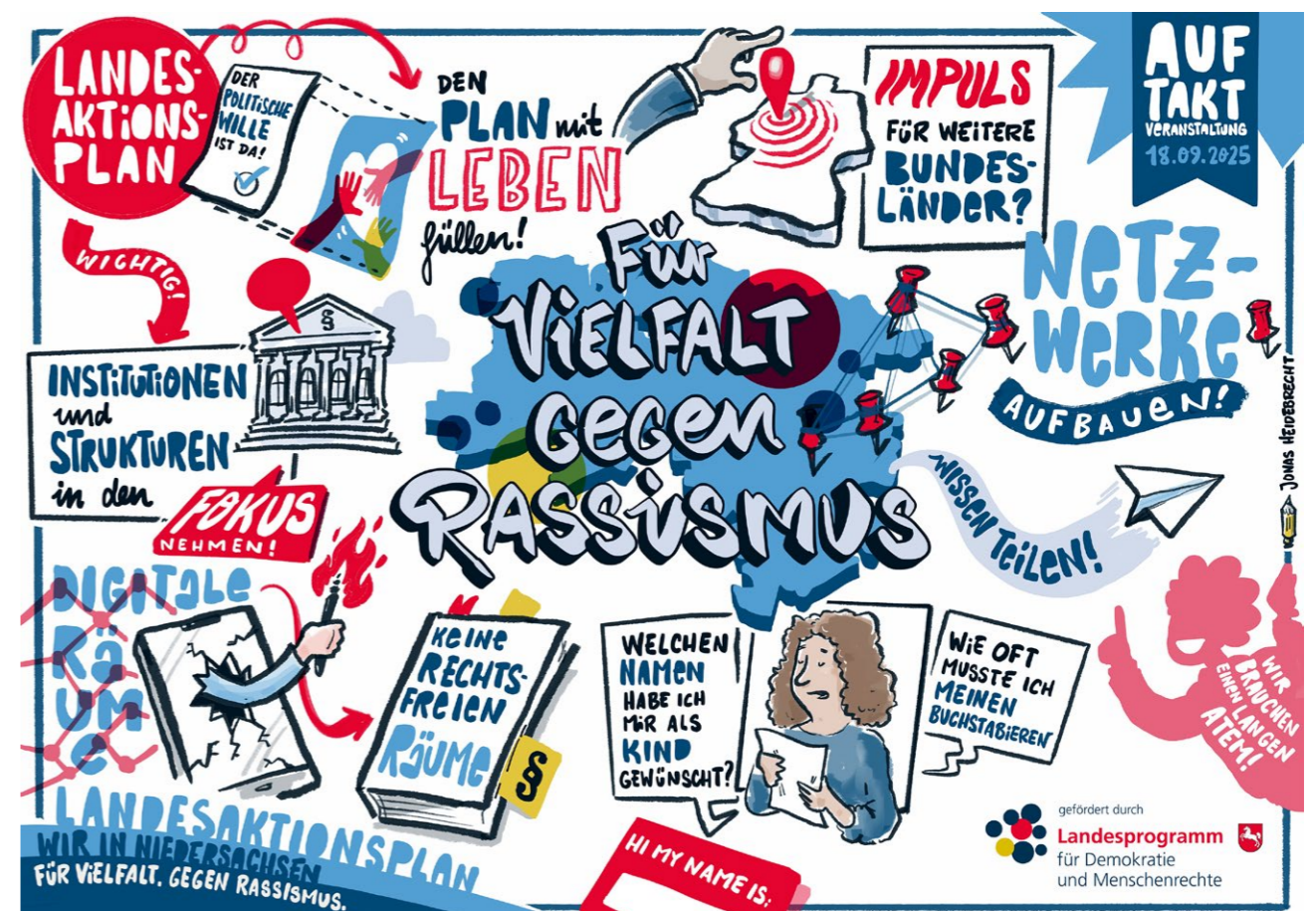
Landesaktionsplan „Wir in Niedersachsen. Für Vielfalt. Gegen Rassismus.“

Die Koordinierungsstelle des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte hat im Jahr 2025 die Auftaktveranstaltung zum Landesaktionsplan „Wir in Niedersachsen. Für Vielfalt. Gegen Rassismus“ durchgeführt. Mit über 100 Teilnehmenden aus staatlichen, kommunalen und zivilgesellschaftlichen Strukturen diente die Veranstaltung der Information, Vernetzung und gemeinsamen Ausrichtung der weiteren Umsetzung des Landesaktionsplans. Zentrale Herausforderungen der Prävention von Rassismus, Abwertungsmechanismen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wurden in verschiedenen Foren diskutiert und Impulse für eine nachhaltige, partizipative Weiterentwicklung des

Landesaktionsplans wurde gesetzt. Die Ergebnisse wurden durch Graphic Recording dokumentiert.

Im Jahr 2025 startete im Rahmen des Landesaktionsplans „Wir in Niedersachsen. Für Vielfalt. Gegen Rassismus.“ das umfassende Qualifizierungsprogramm der Diversity Akademie Niedersachsen, mit dem 15 Trainer(innen) ausgebildet werden. Ziel ist es, landesweit qualifizierte Angebote zur Sensibilisierung für Rassismus, Chancengerechtigkeit, (Anti-) Diskriminierung und Diversity umzusetzen. Weitere Details zur Diversity-Akademie gibt es online unter: <https://diversitykartell.de/akademie-niedersachsen/>

Mit WiMaD – WirkMacht Demokratie fördert die Koordinierungsstelle des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte im Rahmen des Landesaktionsplans „Wir in Niedersachsen. Für Vielfalt. Gegen Rassismus.“ eine Qualifizierung für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen, die ihre Organisationen rassismuskritisch weiterentwickeln und damit demokratisch widerstandsfähiger machen möchten. Ercan Carikci Coaching stellt dabei die Befähigung zur aktiven Verän-



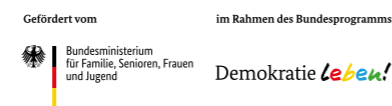
derung von innen heraus im Fokus: Die Teilnehmenden lernen, rassistuskritische Prozesse nicht als externe Berater(innen), sondern als engagierte Mitgestalterde innerhalb ihrer Strukturen anzustoßen und umzusetzen. Damit setzt WiMaD auf nachhaltigen Wandel durch Empowerment und systemische Reflexion.

Maßnahmen zur Antisemitismusprävention

Zum Wintersemester 2025/2026 ging erstmals auch das landesweite „Zertifikat für antisemitismuskritische Bildung in Niedersachsen ZABIN“ an den Start. Es wird in Zukunft Lehrkräfte an niedersächsische Schulen dabei besser unterstützen, Antisemitismus zu erkennen und seinen unterschiedlichen Formen wirksam zu begegnen. Das Zertifikat ist Teil der Lehrkräfteausbildung und steht Lehramtsstudierenden aller Fächer und Schulformen ab sofort an allen Hochschulen Niedersachsens zur Verfügung und wird von der Universität Oldenburg koordiniert. Es ist auf Initiative der Fachgruppe Antisemitismusprävention im Landesprogramm entstanden und als landesweites Angebot in dieser Form bundesweit einmalig. In diesem Rahmen wurde auch erstmals die „Summer School: Antisemitismus und Antimuslimischen Rassismus im Schulleben erkennen und konstruktive Handlungsoptionen entwickeln“ angeboten. Die Summerschool wurde vom 13.-17. Oktober 2025 von der Universität Osnabrück durchgeführt und aus Mitteln des Landesprogramms gefördert.

Zertifikat Antisemitismuskritische Bildung in Niedersachsen im Kontext Schule (ZABIN) // Universität Oldenburg

Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen



Das Landes-Demokratiezentrum (L-DZ) ist für die Umsetzung des Bundesprogramms *Demokratie leben!* in Niedersachsen zuständig. Grundlegendes Ziel ist es, zur Stärkung der demokratischen Kultur im Land beizutragen. Dazu gehört beispielsweise die Ausgestaltung einer landesweiten funktionierenden Beratungs-, Informations- und Vernetzungsstruktur.

- Im Bereich **Förderung und Unterstützung** obliegt dem L-DZ die finanzielle und inhaltliche Förderung/Unterstützung zivilgesellschaftlicher Beratungs-, Bildungs- und Monitoring-Angebote in den Bereichen Rechtsextremismus, religiös-begründete Radikalisierung/ Islamismus und Antisemitismus. Das L-DZ stellt damit das Vorhandensein einer landesweiten Beratungs- und Monitoringstruktur in zivilgesellschaftlicher Trägerschaft sicher.

- Im Bereich **Vernetzung und Kooperation** zeichnet das L-DZ u.a. mit der Ausrichtung von Vernetzungsangeboten innerhalb des Bundesprogramms, von Treffen zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren für den Austausch und Wissenstransfer zwischen Akteuren des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und weiteren niedersächsischen Akteuren auf allen Ebenen verantwortlich.

- Im Bereich **Bildung und Beratung** hält das L-DZ eigene Angebote in den Themenfeldern Rechtsextremismus und religiös-begründete Radikalisierung/ Islamismus vor, die Multiplikatorinnen/Multiplkatoren in Verwaltung, Sicherheitsbehörden, Zivilgesellschaft, Schule und außerschulische Kinder- und Jugendarbeit, Erwachsenenbildung, Bündnissen, Kommunalen Präventionsgremien u.v.w. kostenfrei zur Verfügung stehen.

Das Gesamtvolumen der verantworteten Mittel aus Bundesmitteln, Landesmitteln sowie weiteren Drittmitteln des L-DZ belief sich in 2025 auf rund 3,6 Mio. EUR. Davon wurden rund 3,4 Mio. EUR der Förderung zivilgesellschaftlicher Maßnahmen der Beratung, Prävention und des Monitorings in den Bereichen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Islamismus zur Verfügung gestellt.¹

Aktuelle Themen:

Fortsetzung und Stärkung der Förderung zivilgesellschaftlicher Beratungs- und Präventionsangebote

Die Förderung der zivilgesellschaftlichen Beratungsangebote „Mobile Beratung – gegen Rechtsextremismus für Demokratie“, „Betroffenenberatung“ und des zivilgesellschaftlichen Ausstiegsangebots „Distance – Ausstieg Rechts“ ist Kernelement der Arbeit des L-DZ Niedersachsen. Alle drei Beratungseinheiten konnten in

¹ Diese Zahlen sind gerundet und nicht abschließend, da die Summe der tatsächlichen Verausgabungen erst nach Abschluss der Verwendungsnachweisprüfungen feststeht.

2025 – teils erstmals – mit zusätzlichen Landesmitteln gefördert und gestärkt werden. Zugleich zeigte sich im Laufe des Jahres, dass die Beratungsbedarfe angesichts der vehementen Dynamiken im Phänomenbereich Rechtsextremismus sowie in den Erscheinungsformen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auch in Niedersachsen nicht vollumfassend bedient werden können.

So zeichnet sich ein Lagebild ab, das von einem zunehmend selbstbewusst und öffentlich agierenden Rechtsextremismus geprägt ist. Das hohe Straftatenaufkommen in diesem Phänomenbereich, die Zunahme von rechtsgerichteter Propaganda über Social Media, politische Radikalisierung insbesondere junger Menschen, das Aufkommen rechtsextremer Cliquen sowie gesellschaftliche Spaltungsprozesse sind Entwicklungen, die sich auch in Niedersachsen beobachten lassen. Genauso finden antisemitische, queerfeindliche und rassistische Narrative zunehmend Eingang in öffentliche Debatten bzw. werden zunehmend unverhohlen geäußert. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, insbesondere Rassismus, zeigt sich als drängende Problematik in Schulkontexten, sodass es zunehmend



zu Beratungsbedarfen bzgl. rechtsextremer Fälle und Vorkommnisse in der Schülerschaft kommt (Anfragen Ausstieg und Mobile Beratung). Insbesondere in den vergangenen eineinhalb Jahren ist ein starker Anstieg an Beratungsanfragen bei Mobiler und Betroffenenberatung zu verzeichnen. Die Beratungsstrukturen sind teils an ihre Kapazitätsgrenzen gestoßen, um die hohe Anzahl an Anfragen bewältigen zu können. Gelingende (zivilgesellschaftliche) stärkende Strukturen aufzubauen, muss weiterhin als schwieriges Unterfangen bezeichnet werden. Auch die Erreichung des ländlichen Raums stellt weiterhin eine Herausforderung dar, u.a. aufgrund der großen Distanzen innerhalb des Flächenlandes, aber auch aufgrund teils nur rudimentär ausgeprägten zivilgesellschaftlichen Engagements im ländlichen Raum.

Ausweitung der Arbeit gegen Antisemitismus

Auch 2025 standen dem L-DZ zusätzliche einjährige Landesmittel für die Förderung von Projekten gegen Antisemitismus zur Verfügung. So ist es gelungen, neben der thematischen Breite von Antisemitismus insbesondere auch Formate zu fördern, die in die Fläche des überwiegend ländlich geprägten Bundeslandes wirken. Neben der Fortsetzung bereits in den Vorjahren geförderter Projekte, wie der RIAS Niedersachsen, eines Empowermentprojekts für jüdische Gemeinden und einer Peer-Multiplikatoren-Schulung in muslimischen Communities, konnten auch neue Ansätze verfolgt werden. So setzt das Celler Netzwerk gegen Antisemitismus (getragen durch die VHS Celle und die Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten) im Projekt „Gesellschaftliche Perspektiven gegen Antisemitismus“ Sensibilisierungs- und Bildungsmaßnahmen für Multiplikatorinnen/Multiplikatoren verschiedener gesellschaftlicher Gruppen (Kultur, Jugendarbeit, Polizei, öffentlicher Dienst, Wissenschaft) um und vermittelt Handlungsmöglichkeiten in den jeweiligen Ressortbereichen. Darüber hinaus erarbeitet das Projekt ein Konzept für ein Kompetenz-Cluster, welches perspektivisch ein zentraler, multiprofessioneller Ort für die Antisemitismusprävention in Niedersachsen sein kann. Das Projekt „ANNE - ANTisemitismusprävention mit der Niedersächsischen Erwachsenenbildung“ des

Niedersächsischen Bundes für freie Erwachsenenbildung (nbeb) trägt das Thema Antisemitismus in seinen vielfältigen Facetten mit zahlreichen Einzelveranstaltungen in die Fläche Niedersachsens.

Umsetzung innovativer Maßnahmen im Themenfeld Prävention religiös begründeter Radikalisierung

Mit dem Beginn der Förderung des Projekts „AwareNet Niedersachsen“ (<https://aware-net.de/#>) ab Anfang 2025 in Trägerschaft des Vereins „Akzeptanz, Vertrauen, Perspektive“ mit Sitz in Düsseldorf, ist es dem L-DZ gelungen, im Bereich der Prävention religiös-begründeter Radikalisierung (Islamismus) einen innovativen Schritt zu gehen: Der Träger entwickelt ein Angebot des Digital-Streetworks in Kombination mit KI-gestützten Verfahren, das eine direkte Ansprache junger Menschen in digitalen Räumen bietet und sie – bei Bedarf – zugleich im Sinne einer Verweisberatung auf analoge Beratungsangebote in Niedersachsen aufmerksam macht. So werden Videos für TikTok und Instagram generiert, die die Zielgruppe in Inhalt und Sehgewohnheiten anspricht, demokratische Alternativ-Narrationen zu radikalen bis extremistischen Inhalten anbietet. Über Chat-Funktionen entsteht ein Gesprächsangebot. Darüber hinaus werden Fachkräfte in Fortbildungsangeboten zu Inhalten radikaler Kanäle sensibilisiert und darin geschult, eigene KI-basierte Angebote online zu erstellen. Ferner hat das Projekt Chatbots entwickelt, die beispielsweise pädagogischen Kräften im Umgang mit radikalen Aussagen von Schutzbefohlenen Unterstützung anbieten können (bspw. „Onkel Tarik“: <https://chatgpt.com/g/g-6878eb2e6e0c81918f373f2335a8c833-onkel-tarik>).



Vernetzung von Präventionsakteuren mit Regelstrukturen und staatlichen Stellen

Die jährlich stattfindende Demokratiekonferenz des L-DZ widmete sich in 2025 dem Thema „Resiliente Demokratie – politische Bildung, Prävention und Beratungsarbeit im Rahmen des Neutralitätsgebots“. Hintergrund für diese Themensetzung war, dass die unterschiedlichen Akteure (u.a. Partnerschaften für Demokratie, Beratungsangebote, Innovationsprojekte, aber auch Regelstrukturen wie Schule) in ihren jeweiligen Arbeitsbereichen mit der Frage nach Neutralität gegenüber demokratieskeptischen, evtl. auch demokratieablehnenden Haltungen und einem erstarkenden Rechtsextremismus konfrontiert sind. Der Hauptvortrag von Leon A. Brandt (SOCLES International Centre for Socio-legal Studies gGmbH) widmete sich unter dem Titel „Neutralität ist keine Haltung -Demokratie und verfassungsrechtliche Werte können nur gemeinsam gelebt werden“ dem verfassungsrechtlichen Gehalt des politischen Neutralitätsgebots, der Bedeutung dieses Gebots und der Verfassungswerte für die politische Bildung und zivilgesellschaftliche Arbeit und resümierte in einem Praxisbezug:

„Das politische Neutralitätsgebot des Grundgesetzes gilt nicht nur für Träger hoheitlicher Gewalt, sondern grundsätzlich auch für aus staatlichen Geldern finanzierte zivilgesellschaftliche Arbeit. Dabei ist zugleich die diesen Akteur*innen grundsätzlich zustehende Meinungsfreiheit zu berücksichtigen. Politische Neutralität im Sinne der Verfassung meint Unparteilichkeit zur Ermöglichung pluraler, demokratischer Diskurse auf Grundlage der Werte der Verfassung. Politische Neutralität im Sinne der Verfassung meint gerade nicht Wertefreiheit.“

Darüber hinaus richtete das L-DZ jeweils zwei Vernetzungstreffen im Rahmen des Beratungsnetzwerks (BNW), des „Runden Tisches: Staat und Zivilgesellschaft gemeinsam gegen rechtsextreme Hetze und Gewalt“ sowie der niedersächsischen „Partnerschaften für Demokratie“ (PFD) aus. Themen dieser Runden waren unter anderem „KI und rechtsradikale Propaganda online“ und die Vorstellung der Leipziger Autoritarismusstudie. Ferner richtete der LPR erneut den „Praxis- und Erfahrungsaustausch der behördlichen

und zivilgesellschaftlichen Ausstiegsprogramme für Rechtsextremist*innen in Bund und Ländern“ (PEARBL) aus und beging dessen 10-jähriges Bestehen. Zudem wurde ein Sammelband mit dem Titel „Ausstiegsberatung für Rechtsextremist*innen“ (Hrsg. St. Tepper) mit insgesamt 14 Fachbeiträgen im Wochenschau-Verlag (Frankfurt) veröffentlicht.

Beratungs- und Bildungsmaßnahmen des L-DZ

Die Beratungs- und Bildungsangebote des L-DZ Niedersachsen wurden auch in 2025 wieder stark angefragt und in Anspruch genommen: So konnten von 125 Anfragen für Workshops, Vorträgen und Fortbildungen oder politische Bildungsmaßnahmen insgesamt 46 Veranstaltungen u.a. zu Themen wie „Neue Rechte“, „Erkennen – Deuten – Handeln“ und „Rechtsextremen Symbolen und Codes“ selbst durchgeführt und 14 an weitere Anbieter vermittelt werden. Von 55 Anfragen bezogen sich zahlreiche insbesondere auf den Bereich der politischen Bildungsarbeit, bei denen keine erfolgreiche Vermittlung möglich war, da kein passendes Angebot im Land vorlag. Zwölf Veranstaltungen wurden aufgrund von Anfragen zum Workshop- bzw. Fortbildungsangebot zu „Möglichkeiten der Einflussnahme auf Hin- bzw. Abwendungsprozesse in rechtsextreme Szenekontexten“ gestellt und durch das L-DZ umgesetzt. Zudem wurde auch die Qualifizierungsmaßnahme zur Fachkraft Ausstiegsberatung in 2025 wieder durch das L-DZ organisiert und umgesetzt.

Erstmals führte das L-DZ Niedersachsen in 2025 eine zweistündige digitale Informationsveranstaltung zum Thema „Jugendarbeit in der muslimischen Community - ein Fachgespräch mit zwei Experten aus der digitalen und analogen Streetwork“ durch und erreichte so niedrigschwellig Fachkräfte aus ganz Niedersachsen. Diese wird Anfang Februar 2026 auch als Streaming-Angebot verfügbar sein. Weitere digitale Informationsveranstaltungen sind ebenso wie die weiteren Bildungs- und Workshopangebote des L-DZ auch in 2026 geplant und teils bereits terminiert. Regelmäßige Informationen hierzu und zu vielen weiteren Themen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in Niedersachsen finden sich unter www.ldz-niedersachsen.de

Sicherheit im Städtebau

Sicherheitspartnerschaft
im Städtebau
in Niedersachsen
Impulse für Lebensqualität



Sicher leben und sicher wohnen sind zentrale Zielsetzungen, die sich in den Leitgedanken des Landespräventionsrats Niedersachsen widerspiegeln. Das Bedürfnis, sich in der eigenen Wohnung, im Wohnumfeld und im öffentlichen Raum sicher und wohl zu fühlen, ist grundlegend für das menschliche Zusammenleben. Aus diesem Grund nimmt die Kriminalprävention im Städtebau einen wichtigen Stellenwert im Landespräventionsrat ein.

In Niedersachsen wird die **Sicherheitspartnerschaft im Städtebau (SiPa)** durch den Landespräventionsrat koordiniert. In diesem Netzwerk arbeiten 22 staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure aus den Bereichen Sicherheit, Bau, Planung und Wohnen eng zusammen, um die Sicherheit in Wohnquartieren zu erhöhen und damit die Lebensqualität der Bürger:innen nachhaltig zu verbessern.

Die SiPa entwickelt praxisorientierte Instrumente, die eine sichere Planung und Bewertung von Wohngebäuden und öffentlichen Plätzen ermöglichen. Darüber hinaus vergibt die SiPa ein Qualitätssiegel für sicheres Wohnen an Wohnungsunternehmen, die besondere Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit umsetzen.

Wichtige Aktivitäten im Jahr 2025

Im Berichtsjahr wurde die Umsetzung des „Leitfadens zur Beratung und Bewertung von Quartieren unter kriminalpräventiven Aspekten“ weiter vorangetrieben. Die Instrumente wurden digitalisiert, um die Anwendung in der Praxis zu erleichtern. Zudem wurde eine Qualifizierung für zukünftige Anwender:innen entwickelt, die ab 2026 in Kooperation mit der Architektenkammer Niedersachsen angeboten wird. Die Geschäftsstelle in der NBank übernimmt weiterhin die Beratung rund um den Leitfaden – von der Umsetzung bis zur Zertifizierung.

Im Jahr 2025 hat die Jury viermal das Qualitätssiegel für sicheres Wohnen an Wohnungsunternehmen in Nienburg, Wunstorf, Lüneburg und Osnabrück vergeben. Erstmals wurde auch ein Quartier in Uelzen mit dem Zertifikat „Lebenswertes Quartier“ ausgezeichnet.

Anlässlich der Jahrestagung der SiPa am 26. November 2025 im CIC Osnabrück zum Thema „20 Jahre Sicherheitspartnerschaft im Städtebau: Sichere Räume – lebenswerte Räume: Europäische Ansätze und Perspektiven“ wurde erstmals der Botschafterpreis für Sicheres Wohnen verliehen. Ausgezeichnet wurden zwei Wohnungsunternehmen aus Hildesheim und Wunstorf, die sich in besonderer Weise für das Thema engagiert haben.



Jahrestagung 2025 im CIC Osnabrück



Übergabe des Qualitätssiegels an die WGO Osnabrück

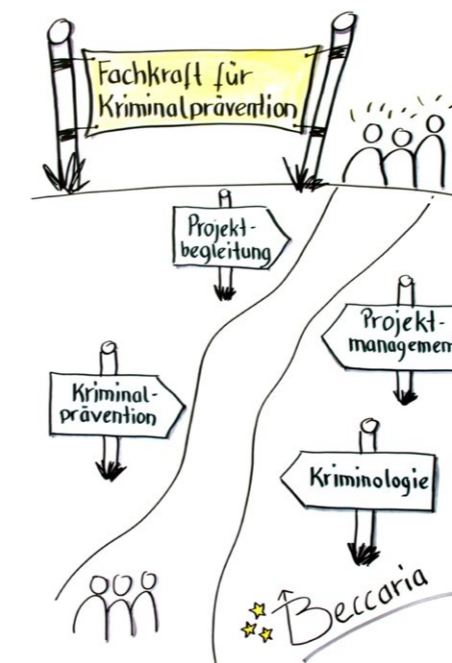
Qualität und Qualifizierung in der Kriminalprävention

Beccaria

Kriminalprävention ist ein Arbeitsfeld, welches fortlaufend wächst und sich verändert. Bei der Vielzahl sich stets wandelnder Phänomene werden diejenigen, die in dem Bereich arbeiten, seit Jahren mit einem stetig steigenden Qualitätsanspruch konfrontiert. Dem Professionalitätsanspruch insbesondere Berufstätiger, die sich nebenberuflich weiterqualifizieren möchten, steht mittlerweile ein gut ausgebautes Weiterbildungsangebot gegenüber. Die Beccaria-Qualitätsinitiative hat verschiedene Angebote entwickelt, z.B. das jährliche Beccaria-Qualifizierungsprogramm Kriminalprävention. Personen, die den Wirkungsgrad ihrer Arbeit verbessern wollen, die im Handlungsfeld der Kriminalprävention mehr Wissen und Fachkenntnisse erlangen möchten, absolvieren das Beccaria-Qualifizierungsprogramm zur Fachkraft Kriminalprävention. Die modulare Weiterbildung – bestehend aus den vier Modulen (Kriminologie, Kriminalprävention, Projektmanagement und Projektbegleitung) – bietet der Landespräventionsrat Niedersachsen seit 2008 an.

Mehr Infos unter

<https://www.beccaria-qualifizierungsprogramm.de>



Ein weiterer und relativ neuer Baustein unserer Qualitätsinitiative ist der berufsbegleitende Masterstudiengang Kriminologie und Kriminalprävention an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) / Berlin Professional School (BPS). Der Studiengang verbindet in 11 Modulen den Stand der Forschung und neueste Erkenntnisse von Präventionswissenschaft und Präventionspraxis. Mit dieser Hochschulbildung können theoretische, evidenzbasierte Erkenntnisse für die Praxis nutzbar gemacht werden. Die Zielgruppe dieses akademischen Studiums sind Personen, die im Feld der Kriminalprävention arbeiten, z. B. in Präventionsgremien, bei der Polizei, in der Bewährungshilfe, in kommunalen Verwaltungen, in der Sozialen Arbeit, Kinder- und Jugendhilfe, Wirtschaft, Kriminalpolitik, in Behörden, Vereinen oder Verbänden. Voraussetzung für den Hochschulzugang im Masterstudiengang ist ein abgeschlossenes Erststudium und mindestens ein Jahr qualifizierte Berufserfahrung, um dem hohen Theorie-Praxis-Bezug gerecht werden zu können. Die Besonderheit des Studienganges besteht darin, dass es sich um eine bundesweit einmalige Kooperation zwischen der HWR / BPS, dem Landespräventionsrat Niedersachsen im Niedersächsischen Justizministerium (LPR), dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) und der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) handelt. Diese Bündelung von Experten ist eines unserer besonderen Qualitätsmerkmale.

Detailliertere Informationen zu dem Studiengang:
Berufsbegleitender Masterstudiengang Kriminologie
und Kriminalprävention | Landespräventionsrat
Niedersachsen

Berufsbegleitender Master in Kriminologie und
Prävention – Berlin | Berlin Professional School

Wichtige Aktivitäten im Jahr 2025

Im Dezember 2025 wurden erneut 25 „Beccaria Fachkräfte der Kriminalprävention“ zertifiziert. Die Nachfrage nach dem Qualifizierungsprogramm ist unverändert sehr hoch. Im Laufe der letzten 18 Jahre haben mehr als 450 Praktiker*innen unsere Qualifizierung durchlaufen.

Im WS 2025/2026 (10. Oktober) startete in Berlin der dritte Durchgang/Jahrgang des berufsbegleitenden „Masterstudiengangs Kriminologie und Kriminalprävention“ an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) und ihrer Berlin Professional School (BPS). Der weiterbildende Masterstudiengang, der im viersemestrigen Blended-Learning-Format angeboten wird, stößt auf eine große Resonanz. Insgesamt gab es zum WS 2025/2026 wieder 35 Studienplätze. Die Justizministerin hat im Rahmen des berufsbegleitenden Masterstudiengangs im November 2025 drei „Niedersachsenstipendien“ vergeben. Mit diesen Teilstipendien fördert der LPR Studierende, die ihren Wohnsitz in Niedersachsen haben. Die Stipendien, die auch 2026/2027 zur Verfügung stehen werden, sind für den LPR Niedersachsen eine wichtige und gezielte Investition in zukünftige Fach- und Führungskräfte.



Übergabe der „Niedersachsenstipendien“ durch Frau Ministerin Dr. Wahlmann in Hannover am 4. November 2025



Anhänge

I. Mitgliederliste

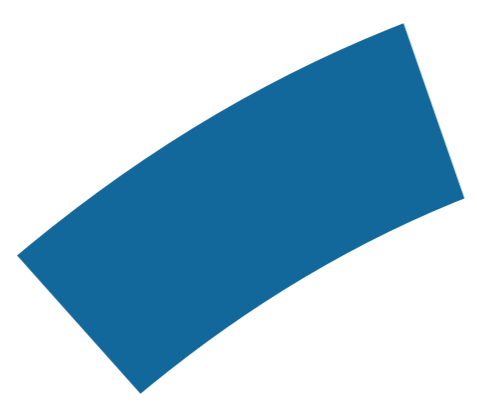
Name	Ort	Institution
AK Prävention Burgwedel	Burgwedel	Kommunales Präventionsgremium
Arbeitskreis Prävention Wallenhorst	Wallenhorst	Kommunales Präventionsgremium
Arbeitskreis Prävention Apen	Apen	Kommunales Präventionsgremium
Arbeitskreis Prävention Bad Gandersheim	Bad Gandersh.	Kommunales Präventionsgremium
Arbeitskreis Prävention Westerstede	Westerstede	Kommunales Präventionsgremium
Arbeitskreis Prävention im Landkreis Nienburg / Weser	Nienburg / W.	Kommunales Präventionsgremium
Braunschweiger Präventionsrat	Braunschweig	Kommunales Präventionsgremium
FIPS e. V. – Für Integration, Prävention und Sozialarbeit	Einbeck	Kommunales Präventionsgremium
Geschäftsstelle Kriminalprävention beim Landkreis OS	Osnabrück	Kommunales Präventionsgremium
Initiative für Erziehung und Schule vor Ort e. V.	Neuenkirchen	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Kriminalpräventionsrat Celle	Celle	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat (KPR) Stadt Bad Harzburg	Bad Harzburg	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat Cuxhaven	Cuxhaven	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat der Gemeinde Ovelgönne	Ovelgönne	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat der Gemeinde Werlte	Werlte	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat der Samtgem. Hankensbüttel	Hankensbüttel	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat der Samtgem. Schöppenstedt	Schöppenstedt	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat der SG Tarmstedt	Tarmstedt	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat der Stadt Emden	Emden	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat der Stadt Meppen	Meppen	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat des Landkreises Peine	Peine	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat Döhren-Wülfel	Hannover	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat Gemeinde Hatten	Hatten	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat Goslar	Goslar	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat Hannover	Hannover	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat Langenhagen	Langenhagen	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat Samtgemeinde Freren	Freren	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat Stadt Delmenhorst	Delmenhorst	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat Stadt Hemmingen	Hemmingen	Kommunales Präventionsgremium
KPR der Samtgemeinde Elm – Asse	Schöppenstedt	Kommunales Präventionsgremium
Kreispräventionsrat Ammerland	Westerstede	Kommunales Präventionsgremium
Kreispräventionsrat Emsland	Meppen	Kommunales Präventionsgremium
Kreispräventionsrat im Heidekreis e. V.	Bad Fallingbost.	Kommunales Präventionsgremium
Kreispräventionsrat Lüchow-Dannenberg	Lüchow	Kommunales Präventionsgremium
Kriminalpräventionsrat der Stadt Osnabrück	Osnabrück	Kommunales Präventionsgremium
Kriminalpräventionsrat Lüneburg	Lüneburg	Kommunales Präventionsgremium
Kriminalpräventionsrat Papenburg	Papenburg	Kommunales Präventionsgremium
Kriminalpräventionsrat Stade (KPRS)	Stade	Kommunales Präventionsgremium
Kriminalpräventiver Rat Nordhorn	Nordhorn	Kommunales Präventionsgremium
Lenkungsausschuss zur Präventionsarbeit i. d. Stadt Seelze	Seelze	Kommunales Präventionsgremium

Lenkungsgruppe Kriminalprävention Wolfsburg
Lenkungsgruppe Prävention im Altkreis Wittlage
Lenkungsgruppe Prävention im Altkr. Wittlage / Bad Essen
Netzwerk gegen Gewalt an Frauen
Netzwerk Prävention der Gemeinde Uetze
Netzwerk Prävention im Papenteich
NorA- Nordstemmer Aktionsbündnis für Familie, Jugend und Prävention
PaC (Prävention als Chance) – Kommunales Präventionsmanagement
Prävention im Blick
Präventions-Aktivkreis der Samtgem. Bruchhausen-Vilsen
Präventionsarbeit Rosengarten e. V.
Präventionsbeirat der SG Hagen
Präventionsbündnis für ein friedfertiges Gifhorn
Präventionsforum Neu Wulmstorf
Präventionsnetzwerk Langen
Präventionsrat Ganderkesee
Präventionsrat Ronnenberg
Präventionsrat Bad Pyrmont
Präventionsrat Bad Zwischenahn
Präventionsrat Barsinghausen
Präventionsrat Belm
Präventionsrat Bissendorf
Präventionsrat Bockhorn
Präventionsrat Brake
Präventionsrat Buchholz-Kleefeld
Präventionsrat Buxtehude
Präventionsrat Cloppenburg e. V.
Präventionsrat der Gemeinde Bad Rothenfelde
Präventionsrat der Gemeinde Berne
Präventionsrat der Gemeinde Beverstedt
Präventionsrat der Gemeinde Dötlingen
Präventionsrat der Gemeinde Faßberg
Präventionsrat der Gemeinde Großenkneten
Präventionsrat der Gemeinde Hude
Präventionsrat der Gemeinde Steinfeld (Old.)
Präventionsrat der Gemeinde Twist
Präventionsrat der Gemeinde Westoverledingen
Präventionsrat der Gemeinde Weyhe
Präventionsrat der Gemeinde Winsen (Aller)
Präventionsrat der Gemeinde Worswede
Präventionsrat der Samtgemeinde Bersenbrück
Präventionsrat der Samtgemeinde Dörpen
Präventionsrat der Samtgemeinde Dransfeld

Wolfsburg	Kommunales Präventionsgremium
Bohnte	Kommunales Präventionsgremium
Bad Essen	Kommunales Präventionsgremium
Helmstedt	Kommunales Präventionsgremium
Uetze	Kommunales Präventionsgremium
Meine	Kommunales Präventionsgremium
Nordstemmen	Kommunales Präventionsgremium
Göttingen	Kommunales Präventionsgremium
Diepholz	Kommunales Präventionsgremium
Bruchh.-Vilsen	Kommunales Präventionsgremium
Rosengarten	Kommunales Präventionsgremium
Hagen	Kommunales Präventionsgremium
Gifhorn	Kommunales Präventionsgremium
Neu Wulmstorf	Kommunales Präventionsgremium
Langen	Kommunales Präventionsgremium
Ganderkesee	Kommunales Präventionsgremium
Ronnenberg	Kommunales Präventionsgremium
Bad Pyrmont	Kommunales Präventionsgremium
Bad Zwischena.	Kommunales Präventionsgremium
Barsinghausen	Kommunales Präventionsgremium
Belm	Kommunales Präventionsgremium
Bissendorf	Kommunales Präventionsgremium
Bockhorn	Kommunales Präventionsgremium
Brake	Kommunales Präventionsgremium
Hannover	Kommunales Präventionsgremium
Buxtehude	Kommunales Präventionsgremium
Cloppenburg	Kommunales Präventionsgremium
Bad Rothenf.	Kommunales Präventionsgremium
Berne	Kommunales Präventionsgremium
Beverstedt	Kommunales Präventionsgremium
Dötlingen	Kommunales Präventionsgremium
Faßberg	Kommunales Präventionsgremium
Großenkneten	Kommunales Präventionsgremium
Hude	Kommunales Präventionsgremium
Steinfeld	Kommunales Präventionsgremium
Twist	Kommunales Präventionsgremium
Westoverled.	Kommunales Präventionsgremium
Weyhe	Kommunales Präventionsgremium
Winsen	Kommunales Präventionsgremium
Worswede	Kommunales Präventionsgremium
Bersenbrück	Kommunales Präventionsgremium
Dörpen	Kommunales Präventionsgremium
Dransfeld	Kommunales Präventionsgremium

PräventionsgremiumPräventionsrat der SG Hattorf am Harz	Hattorf	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat in der Samtgemeinde Tostedt	Tostedt	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Samtgemeinde Hemmoor	Hemmoor	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat in der Samtgemeinde Uchte	Uchte	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Samtgemeinde Lathen	Lathen	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Isernhagen	Isernhagen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Samtgemeinde Schwarmstedt e. V.	Schwarmstedt	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Laatzen	Laatzen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Samtgemeinde Sittensen	Sittensen	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Landkreis Holzminden	Holzminden	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Samtgemeinde Sögel	Sögel	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Leer (PRL)	Leer	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Samtgemeinde Zeven	Zeven	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Lehrte	Lehrte	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Samtgemeinden Nenndorf und Rodenb.	Bad Nenndorf	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Liebenau e. V.	Marklohe	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Bad Lauterberg im Harz	Bad Lauterberg	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Lingen (Ems)	Lingen (Ems)	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Bassum	Bassum	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Lohne (PRL)	Lohne	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Bramsche	Bramsche	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Lönningen	Lönningen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Burgdorf	Burgdorf	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Loxstedt	Loxstedt-Stotel	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Damme	Damme	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Lüchow	Lüchow (W.)	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Dinklage	Dinklage	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Moormerland	Moormerland	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Dissen am Teutoburger Wald	Dissen am T. W.	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Netzwerk Rheiderland	Bunde	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Georgsmarienhütte	Georgsmarienh.	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Neustadt a. Rbge.	Neustadt	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Haren (Ems)	Haren (Ems)	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Norden	Norden K	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Helmstedt	Helmstedt	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Oldenburg	Oldenburg	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Osterholz-Scharmbeck	Osterholz-Sch.	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Ostercappeln	Ostercappeln	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Schortens	Schortens	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Rhaderfehn	Rhaderfehn	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Seesen	Seesen	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Rinteln	Rinteln	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Sehnde	Sehnde	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Rosengarten e. V.	Rosengarten	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Visselhövede	Visselhövede	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Rotenburg (Wümme)	Rotenburg (W.)	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Diepholz	Diepholz	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Sarstedt	Sarstedt	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Elbtalaue	Dannenberg (E.)	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Schöningen	Schöningen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Elsfleth	Elsfleth	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Schwanewede	Schwanewede	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Essen	Essen	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Seevetal e. V.	Seevetal	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Friesoythe e. V.	Friesoythe	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Stadland	Stadland	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat für die Stadt Göttingen	Göttingen	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Stadt Bad Iburg	Bad Iburg	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat für die Stadt Nordenham	Nordenham	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Stadt Jever	Jever	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Fürstenau	Fürstenau	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Stadt Northeim	Northeim	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Garbsen	Garbsen	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Stadthagen wir+	Stadthagen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Garrel	Garrel	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Staufenberg	Staufenberg	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat gegen Gewalt und Kriminalität Salzgitter e. V.	Salzgitter	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Stelle	Stelle	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Gemeinde Hilter	Hilter	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Syke	Syke	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Gemeinde Schladen / Werla	Schladen	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Uelzen	Uelzen/Suhld.	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Grafschaft Hoya e. V.	Hoya / Weser	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Varel	Varel	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Hagen a. T. W.	Hagen a.T.W.	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Verden e. V.	Verden (Aller)	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Hameln	Hameln	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Walkenried	Walkenried	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Hann. Münden	Hann. Münden	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Wangerland	Wangerland	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Harpstedt	Harpstedt	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Wardenburg	Wardenburg	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Herzberg am Harz	Herzberg	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Wennigsen (Deister)	Wennigsen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Hildesheim	Hildesheim	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Wildeshausen	Wildeshausen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat im Harlingerland e. V.	Wittmund	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsrat Wolfenbüttel	Wolfenbüttel	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat in der Gemeinde Hermannsburg	Hermannsburg	Kommunales Präventionsgremium	Präventionsverband der Gemeinde Ostrhauderfehn	Ostrhauderfehn	Kommunales Präventionsgremium

PRE (Präventionsrat Elze)	Elze	Kommunales Präventionsgremium			
Pro Alfeld	Alfeld / Leine	Kommunales Präventionsgremium			
Quakenbrücker Präventionsrat	Quakenbrück	Kommunales Präventionsgremium			
Ritterhuder Präventionsrat	Ritterhude	Kommunales Präventionsgremium			
Runder Tisch Nienburg	Nienburg	Kommunales Präventionsgremium			
Runder Tisch zur Kriminalitätsprävention	Melle	Kommunales Präventionsgremium			
Sozialraum AG Bad Münder / Präventionsrat	Bad Münder	Kommunales Präventionsgremium			
Stadt Soltau Präventionskonferenz	Soltau	Kommunales Präventionsgremium			
Stadtpräventionsrat Schneverdingen	Schneverdingen	Kommunales Präventionsgremium			
Stuhr macht Prävention	Stuhr	Kommunales Präventionsgremium			
Team Jugend der Gemeinde Neuenkirchen-Vörden	Neuenkirchen-V.	Kommunales Präventionsgremium			
Twistringer Präventionskreis	Twistringen	Kommunales Präventionsgremium			
Verein zur Förderung der kommunalen Kriminalprävention Osnabrück e. V.	Osnabrück	Kommunales Präventionsgremium			
Verein zur Förderung der kommunalen Präventionsarbeit in Göttingen – komm.pakt e. V.	Göttingen	Kommunales Präventionsgremium			
Verein zur Förderung der Kriminalprävention in der Gemeinde Harsum	Harsum	Kommunales Präventionsgremium			
Verein zur Förderung kommunaler Prävention gegen Gewalt und Kriminalität im Landkreis Friesland e. V. – Kreispräventionsrat –	Jever	Kommunales Präventionsgremium			
Verein zur Förderung kommunaler Prävention in Wilhelmshaven	Wilhelmshaven	Kommunales Präventionsgremium			
Verein zur Initiierung und Förderung der Präventionsarbeit gegen Gewalt und Kriminalität in der Samtgemeinde Himmelpforten e. V.	Himmelpforten	Kommunales Präventionsgremium			
Wedemärker Präventionsrat	Wedemark	Kommunales Präventionsgremium			
Präventionsrat Haselünne	Haselünne	Kommunales Präventionsgremium			
PfAU e. V. Prävention für Aurich	Aurich	Kommunales Präventionsgremium			
Präventionsrat Achim	Achim	Kommunales Präventionsgremium			
Präventionsrat gegen Gewalt und Kriminalität Salzgitter e. V.	Salzgitter	Kommunales Präventionsgremium			
			ADIM e. V. – Arbeitsgemeinschaft Dialog, Integration und Menschenrechtsbildung	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft Norddeutschland e.V.	Hamburg	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			Arbeitsgemeinschaft MigrantInnen und Flüchtlinge Niedersachsen e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			baobab-zusammensein e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			BDSW Landesverband Niedersachsen	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			Bund Deutscher Kriminalbeamter – Landesverband Niedersachsen	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			Deutscher Gewerkschaftsbund Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Niedersachsen e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			DVJJ e. V. / Landesgruppe Niedersachsen	Göttingen	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			Flüchtlingsrat Niedersachsen e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			Föderation Türkischer Elternvereine in Niedersachsen e. V. (FöTEV – Nds e. V.)	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			gegen-missbrauch e. V.	Göttingen	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			Gemeinde-Unfallversicherungsverband Hannover (GUVH) Landesunfallkasse Niedersachsen (LUKN)	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			Gewerkschaft der Polizei	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			Handelsverband Niedersachsen-Bremen e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannover	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			IHK Niedersachsen (IHKN)	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			Institut für Gewaltprävention, Selbstbehauptung und Konflikttraining e. V.	Osnabrück	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			Katholisches Büro Niedersachsen	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			Kinderschutzallianz	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			Kobra – Koordinierungs- und Beratungsstelle gegen Menschenhandel e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			LAG der Frauen- und Gleichstellungsbüros Niedersachsen	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			LAG JSA Niedersachsen – Landesarbeitsgemeinschaft der Jugendsozialarbeit in Niedersachsen	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen Niedersachsen / Bremen e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik Niedersachsen e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			Landesarbeitsgemeinschaft Niedersachsen für ambulante sozialpädagogische Angebote nach dem Jugendrecht e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			Landeselternrat Niedersachsen	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
			Landesfrauenrat Niedersachsen e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation



Landesjugendring Niedersachsen e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Landesmusikrat Niedersachsen e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Landessenorenrat Niedersachsen e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
LandesSportBund Niedersachsen e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen, Fachreferat der LAG der Freien Wohlfahrtspflege	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Landesverband Soziokultur Niedersachsen e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung Niedersachsen e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
LSVD – Verband Queere Vielfalt in Niedersachsen-Bremen e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
nifbe e. V. – Niedersächsisches Institut für frühkindliche Bildung und Erziehung	Osnabrück	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
NBB – Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen (NLS)	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Niedersächsischer Anwalt- und Notarverband im DAV e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Niedersächsischer Integrationsrat	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Niedersächsischer Landkreistag	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Niedersächsischer Richterbund	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Niedersächsischer Städtetag e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Queeres Netzwerk Niedersachsen e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Schauspielkollektiv – Neues Schauspiel Lüneburg	Lüneburg	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
SCHLAU Niedersachsen e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Sonnenberg Kreis e.V.	St. Andreasberg	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Sportjugend Niedersachsen	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Stiftung Akademie Waldschlösschen	Gleichen	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
theaterpädagogische werkstatt gGmbH	Osnabrück	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Theaterpädagogisches Zentrum der Emsländischen Landschaft e. V.	Lingen (Ems)	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Türkische Gemeinde in Niedersachsen e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Verband der Sozialarbeiter in der Niedersächsischen Strafrechtspflege e. V.	Nordhorn	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen und Bremen e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Verband Wohneigentum Niedersachsen e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Verbund der niedersächsischen Frauen- und Mädchenberatungsstellen gegen Gewalt	Stadthagen	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
VERDI – Landesbezirksfachbereichsvorstand Justizsozialdienst	Hamel	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
WAAGE Hannover e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
WEISSER RING e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation

Zentrum für Soziale Innovation (umgedacht e. V.)	Oldenburg	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit Niedersachsen e. V.		Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
AGJÄ – Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter der Länder Niedersachsen und Bremen	Oldenburg	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Landesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt in Niedersachsen		Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation



Niedersächsische Staatskanzlei	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Niedersächsisches Justizministerium	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Niedersächsisches Kultusministerium	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Niedersächsisches Landesjugendamt	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung – Drogenbeauftragte –	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung – Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung – Referentin LSBTI* und HIV/Aids	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Landeskriminalamt Niedersachsen	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Niedersächsische Landesschulbehörde, Regionalabteilung Hannover	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde

Institut für Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim
Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen
Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften – Hochschule Braunschweig-Wolfenbüttel
Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH an der Universität Hannover

Hildesheim [Wissenschaftliche Institution](#)
Hannover [Wissenschaftliche Institution](#)
Wolfenbüttel [Wissenschaftliche Institution](#)
Hannover [Wissenschaftliche Institution](#)

II. Vorstand

Gewählte Vorstandsvorsitzende

Prof. Dr. Ute Ingrid Haas

Gewählte Vorstandsmitglieder aus dem kommunalen Bereich

Melanie Blinzler	Präventionsrat Oldenburg (PRO)
Hermann Lampen	Netzwerk Rheiderland
Anke Wilken	PräventionsNetz Rastede

Gewählte Vorstandsmitglieder aus dem Bereich der landesweit tätigen nichtstaatlichen Organisationen

Anke Egblomassé	Flüchtlingsrat Niedersachsen e. V.
Thekla Lorenz	LandesSportBund Nds. e. V
Ali Mustafa	LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e. V

Gewähltes Vorstandsmitglied aus dem wissenschaftliche Bereich

Dr. Tanja Rusack Universität Hildesheim

Von der Staatskanzlei und den Ministerien benannte Mitglieder

Axel Brockmann	Nds. Ministerium für Inneres und Sport (MI)
Kirsten Böök	Nds. Justizministerium (MJ)
Thomas Castens	Nds. Kultusministerium (MK)
Ute Heilmann	Nds. Staatskanzlei (StK)
Stephan Kassel	Nds. Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung (MS)
Kurt Neubert	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK)

III. Geschäftsführung

Susanne Wolter	Geschäftsführerin
Dr. Andreas Schwegel	stv. Geschäftsführer

IV. Organigramm – Struktur

Struktur des Landespräventionsrates Niedersachsen

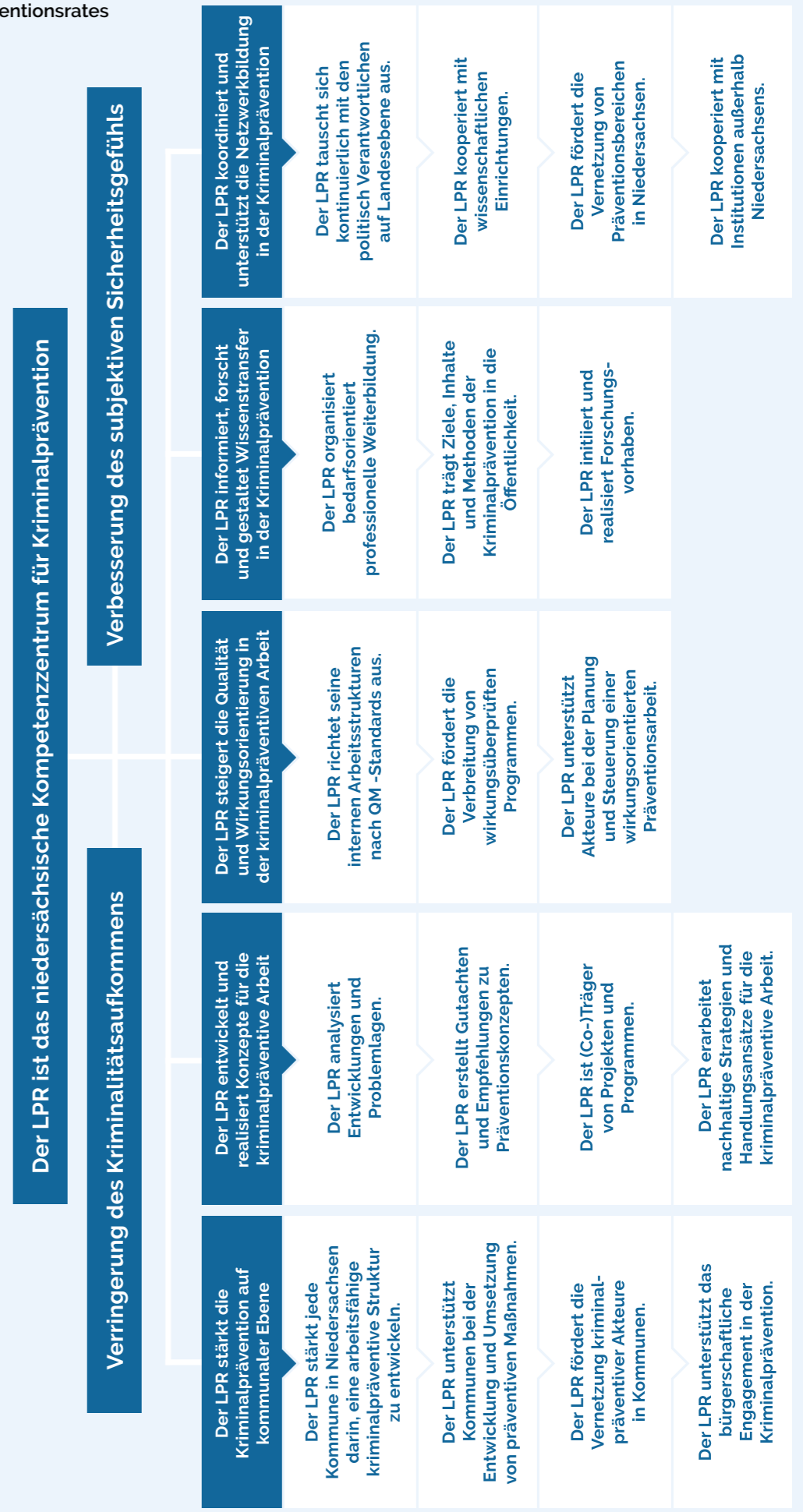


V. Leitbild und Ziele

Leitbild des Landespräventionsrates Niedersachsen

Sinnstiftende Vision	Eine Welt, in der alle Menschen sicher und frei von Kriminalität leben können.	Wir verstehen Kriminalprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht von einzelnen, sondern von vielen gesellschaftlichen Kräften geleistet werden muss.	Wir respektieren und integrieren die jeweilige Fachlichkeit in der Kriminalprävention und begrüßen die Vielfalt der kriminalpräventiven Ansätze.
Gemeinsames Verständnis von Grundwerten	Wir betrachten Kriminalprävention als eine grundsätzliche Haltung und als Investition in die Zukunft.	Es ist unser Selbstverständnis, alle mit Kriminalprävention befassen Gruppen an unserer Arbeit zu beteiligen und das bürgerschaftliche Engagement zu stärken.	Wir stärken die kommunale Kriminalprävention.
Gemeinsam getragene Ziele	Wir stehen dafür ein, das objektive Kriminalitätsaufkommen zu vermindern und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.	Wir verstehen uns als lernende Organisation. Wir reflektieren unsere Konzepte, unser Handeln und unsere Ergebnisse mit dem Ziel, die Qualität und Wirkungsvorstellung in der kriminalpräventiven Arbeit zu steigern. Wir sind offen für Veränderungen.	Wir berücksichtigen bei allen Konzepten und Maßnahmen die Auswirkungen auf die unterschiedlichen Lebensverhältnisse, Situationen und Bedürfnisse von Männern und Frauen.
Standards der Bewertung und Optimierung von Ergebnissen	Unser Handeln ist darauf ausgerichtet, unsere gesetzten Ziele und Qualitätsstandards zu erfüllen.	Wir arbeiten eng mit den kommunalen Präventionsgremien zusammen und kooperieren intensiv mit landesweit tätigen Organisationen in Niedersachsen sowie mit Institutionen und Verbänden innerhalb und außerhalb des Landes.	Gemeinsam entwickeln und realisieren wir Konzepte, Strategien und Handlungsansätze für die kriminalpräventive Arbeit.
Konkrete Aktivitäten, Bemühungen und Rahmenbedingungen	Wir sind kompetenter Ansprechpartner für die Kriminalprävention in Niedersachsen.		Wir fühlen uns den Rechten von Kindern und Jugendlichen besonders verpflichtet.
			Gender Mainstreaming ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

Ziele des Landespräventionsrates Niedersachsen



Herausgegeben von

Landespräventionsrat Niedersachsen

Siebstraße 4

30171 Hannover

www.lpr.niedersachsen.de

Fotos © Pressestelle des Nds. Justizministeriums
ausgenommen S. 26 © Lukas Gruenke Photography

Gemeinsam
präventiv
wirken.

Hinschauen,
handeln,
Kompetenzen
stärken.

Demokratie
fördern.

Damit alle sicher leben können.



Landespräventionsrat
Niedersachsen



Niedersachsen

www.lpr.niedersachsen.de